



Erste Machtprobe zwischen Gewerkschaften und neuer Regierung

Am Freitag dem 18. September streikten ca. 300.000 Arbeiter und Angestellte im ganzen Land. Der öffentliche Verkehr stand still, Post wurde nicht verteilt, Finnair-Maschinen blieben am Boden, Bildungseinrichtungen waren geschlossen.

Politische Grundlagen...

Am 19. April des Jahres waren Wahlen zum finnischen Reichstag. Die letzte, eine ursprünglich aus sechs Parteien bestehende, selbst für finnische Verhältnisse sehr breite Konsensregierung (Sammlungspartei (Kok), Sozialdemokraten (SDP), Grünen (Vihr)³⁾, des Linksverbandes (Vas)³⁾, der Schwedischen Volkspartei (RKP) und den Christdemokraten (KD), wurde abgewählt.

Stattdessen kam eine Koalition unter Führung der Zentrumspartei (Kesk), den rechtspopulistischen Basis-finnen (PS), den bis dahin einzigen Oppositionsparteien und der bisher den Ministerpräsidenten stellenden Sammlungspartei (Kok), zustande.

Besonders abgestraft für die Teilnahme als Juniorpartner der großbürgerlichen konservativen Sammlungspartei wurden die Sozialdemokraten, die 2,6 Prozent ihrer Wählerstimmen einbüßten. Gewinner waren neben der Zentrumspartei, die vornehmlich im ländlichen Finnlands (Ausnahme ist die schwedischsprachige Landbevölkerung an der Westküste, die traditionell durch die Schwedische Volkspartei repräsentiert wird), dominierend war und wieder ist, die Rechtspopulisten (PS), die aber auch Stimmen verloren, aber dennoch mehr Stimmen als die SDP erhielt. Die Basisfinnen profitierten von der Verschlechterung der ökonomischen Situation, die durch Nokia und die Wald- und Holzindustrie einen Namen erhielt. Die damit verbundene Verunsicherung der Bevölkerung, verstärkt durch die EU-Schuldenkrise und die sich abzeichnende Flüchtlingsbewegung, konnten von der populistisch auftretenden Partei seit Jahren aufgenommen werden. Themen, in der die bisherige Konsensregierung unter maßgeblicher Beteiligung der sozialdemokratischen Minister eine harte Linie vorgab.

Besonders die Sozialdemokraten waren Opfer ihrer Koalitionspolitik, die eine Verminderung der Staatsausgaben von sieben Milliarden Euro und die Erhöhung des Rentenalters auf 67 zu verantworten hatte. Diese Regierung gilt bisher als die ineffektivste und unpopulärste Regierung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Nun sind die Sozialdemokraten raus aus der Regierung. In den Regierungsverhandlungen lehnten sie aus gut nachvollziehbaren Gründen eine erneute Beteiligung an einer zentrumsgeführten Regierung ab. Die Zentrumspartei ging

eine Koalition mit der stärksten Oppositionspartei, den Populisten ein. Eine machtpolitisch durchdachte Entscheidung (sie FN). Die großbürgerliche Klientel wurde berücksichtigt durch die Hereinnahme von Kok.

Es sind jetzt Parteien in der Regierung, die den »Querschnitt des Volkes« vertreten. Die PS als selbst ernannte »größte Arbeiterpartei«, Partei der kleinen Leute, der Rentner etc. mit den Überläufern unzufriedener sozialdemokratischer Gewerkschaftsmitglieder (der gewerkschaftliche Organisationsgrad liegt in Finnland bei 75 Prozent), Kesk als Vertreterin der Landbevölkerung und Kok als Vertreter der großindustriellen Interessen.

...und ökonomische Grundlagen des Streiks:

Seit dem Jahr 2007 sank in Finnland das Bruttonationalprodukt um fünf Prozent; 2015 war das vierte Jahr mit negativen Zuwachsraten in Folge. Die Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und die Gegenmaßnahmen Russlands, dem lange größten Absatzmarkt, haben die Situation erheblich verschärft. Deutschland übernahm die Spitze als Exportzielland. Die Importbeschränkungen durch Russland betreffen besonders die Landwirtschaft und Bauindustrie/Handwerk, aber auch die Wald- und Holzindustrie. Die Staatsschulden haben sich innerhalb von zehn Jahren verdoppelt, liegen bei 63 Prozent des BNP; was im europäischen Vergleich immer noch gering ist.

Auf diesen Grundlagen galt es der Regierung Juha Sipilä, einem als Subunternehmer von Nokia reich gewordenem Zentrums Politiker, als sicher, eine so genannte Produktivitätsoffensive starten zu können. Die Produktivität soll um fünf Prozent gesteigert werden, um die Exportfähigkeit der finnischen Industrie wieder zu verbessern.

In drei Verhandlungsrunden, die letzte im September, die mit einem ultimativen Verhandlungsdatum versehen war, versuchte die Regierung einen Gesellschaftsvertrag zur Erreichung des Ziels der Senkung der Arbeitskosten pro Einheit um 5 Prozent zu erreichen. An diesen seit dem Frühjahr stattgefundenen drei Verhandlungsrunden waren Vertreter der Regierung, der Unternehmensverbände und der Gewerkschaft (Dreiparteienverhandlung) beteiligt. Auch die letzte Verhandlungsrunde führte zu keinem Ergebnis, da die vorgesehenen Maßnahmen der Regierung in die Tarifautonomie der Gewerkschaften eingegriffen hätten.

Vorstellungen der Regierung zur Durchsetzung der Steigerung der Konkurrenzfähigkeit

Die Regierung drohte daraufhin mit der gesetzlichen Regelung zur Erreichung der vorgegebenen Marge von fünf Prozent durch die:

- Verkürzung des Urlaubes für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes – 30 statt 38 Tage (= allgemein übliche Urlaubszeit)
- Wiedereinführung eines Karenztages im Krankheitsfall, Senkung der Lohnfortzahlung auf 80 Prozent
- Halbierung des Entgelts für Überstunden
- Verminderung der Sonntagszulage mit 25 Prozent für Krankenpflegepersonal und Polizei
- Umwandlung von zwei gesetzlichen bezahlten Feiertagen in unbezahlte Freizeit
- Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung der Arbeitgeber um 1,72 Prozent
- Teilweise Zahlung der Arbeitslosenversicherung durch die Arbeitnehmer

Reaktion der Gewerkschaften – Streik

»Löhne sinken um zehn Prozent – deshalb sind wir hier«. Die Androhungen von gesetzlichen Maßnahmen nach dem

Scheitern der dritten Verhandlungsrunde waren dann Auslöser des Aufrufes zum Streik am 18. September.

Stauer, Arbeiter aus der Zelluloseindustrie, der Metallindustrie, Angestellte des Öffentlichen Dienstes, wie Lehrer, ErzieherInnen, Pflegekräfte, Lokomotivführer und das weitere Zuggpersonal, Postangestellte, Beschäftigte des Überlandbusverkehrs, der städtischen Verkehrsbetriebe usw., legten ab 6 Uhr für 24 Stunden ihre Arbeit nieder. Allein in Helsinki beteiligten sich 30.000 Streikende an der Streikkundgebung. **Studenten nutzten diesen Anlass zur Besetzung eines Gebäudes der Universität Helsinki, um auf ihre Belange aufmerksam zu machen.**

Dieser Streik wurde nicht als Generalstreik benannt. Diese Benennung unterblieb trotz der Zulässigkeit von politischen Streiks in Finnland, z.B. Solidaritätsstreiks, sofern sie nicht in laufende Tarifverträge eingreifen. Vermutlich will man die Gewerkschaftsführung eine Kompromisslösung nicht erschweren, die jedoch nicht in die Tarifautonomie eingreifen darf.

Eine weitere Überlegung spielt dabei eine Rolle – Vorzeitige Neuwahlen sind nicht ausgeschlossen, da die Wähler der Basisfinnen durch die Haltung ihrer Regierungsglieder, sowohl in der Frage der Haushaltseinsparungen zu Lasten der sozial Schwächeren, als auch in der Frage der Aufnahme von Flüchtlingen in Konflikt zu diesen kommen.

1). Wahlergebnisse:	2015	2011	Meinungsumfrage Sept. 2015
Zentrumspartei	21,1%	15,8%	21,7%
Sammlungspartei	18,2%	20,4%	18,0%
Basisfinnen	17,7%	19,1%	10,7%
Sozialdemokraten	16,5%	19,1%	18,3%
Die Grünen	8,5%	7,3%	12,7%
Linksverband	7,1%	8,1%	8,3%
Schwed. Volksp.	4,9%	4,3%	4,8%

3) Der Linksverband verließ im Frühjahr 2014 die Regierung wegen geplanter Einsparung an den Hochschulen, die Grünen verließen im Herbst 2014 aus Protest gegen die russische Beteiligung (Rosatom) am Bau eines neuen Atomkraftwerks die Regierung.

Als Grund muss man die Hoffnung auf eine bessere Ausgangsposition für die Wahlen im Frühjahr ansehen, da die Konsensregierung eine Senkung der Ausgaben um sieben Milliarden Euro und die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre beschlossen hatte. Dieses führte nach Umfrage der Zeitung Helsingin Sanomat dazu, dass nur noch eine von zehn Personen der Regierung eine gute bis sehr gute Arbeit, aber sechs von 10 eine schlechte bis sehr schlechte Arbeit bescheinigte.

Somit steht die SDP mit Antti Rinne, einem ehemaligen sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorsitzenden, in der Warteschleife.

Gewerkschaftliche Gegenvorschläge

Um eine friedlich-schiedliche Lösung herbeiführen zu können, machte der Gewerkschaftsverband SAK, vergleichbar mit dem DGB, Gegenvorschläge zu Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit:

- Nullrunde für 2017 und Lohnerhöhung für 2018, die durch die Entwicklung der Exportbranche definiert wird,
- Senkung der Sozialabgaben der Arbeitgeber um 1,72 Prozent, finanziert durch Steuererhöhungen oder erhöhte Abgaben der Arbeitnehmer
- Paritätische Beteiligung an der Arbeitslosenversicherung
- aber keine gesetzlichen Eingriffe in Urlaubs-, Überstunden-, Kranken- und Sonntagsvergütungsregelungen

Die Resonanz in der Öffentlichkeit

Nach den Auseinandersetzungen um den Gesellschaftsvertrag, der Entscheidung der Regierung entgegen der Versprechungen in den Wahlprogrammen der nunmehr stärksten Parteien und der Regierungserklärung, in der Absage an die Griechenlandhilfe, der rigiden Haltung gegenüber der Quotierung von Flüchtlingsverteilung, der dann realpolitischen Anpassung der Regierung an die Haltung der Bundesregierung Deutschland in diesen Fragen, kam es im September 2015 für die Basisfinnen zu einem sehr ernüchternden Umfrageergebnis²⁾:

Die Basisfinnen, die zur Reichstagswahl¹⁾ noch 17,3 Prozent erhielten, fielen in der Umfrage auf 10,7 Prozent zurück und wurden durch die Grünen (12,7 Prozent) noch überholt. Nutznießer des Absturzes der Basisfinnen sind die Sozialdemokraten, die gegenüber der Wahl im April 2015 von 16,5 Prozent (2011 noch 19,1 Prozent) wieder auf 18,3 Prozent in der Zustimmung zulegten. Diese Entwicklung spricht für eine sich überlappende Wählerschaft, die insbesondere durch die Regierungssparmaßnahmen betroffen sind.

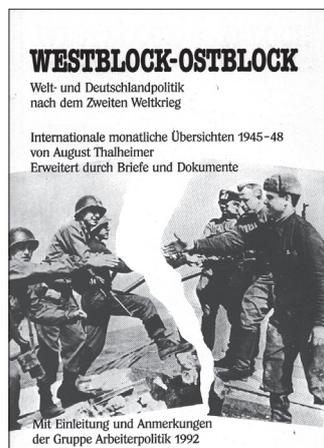
Ein Mitglied des Reichtages und der Basisfinnen, Vesa Matti Saarakkala äußerte sich gegenüber dem finnischen Fernsehsender Yle wie folgt: *»Ich bekam so viel Beschimpfungen (auf den öffentlichen Markplatztreffen) wegen der Sparmaßnahmen, dass ich nicht überrascht bin. Die Kritik an diesen Sparmaßnahmen waren steinhart.«* 1.11.15 ■



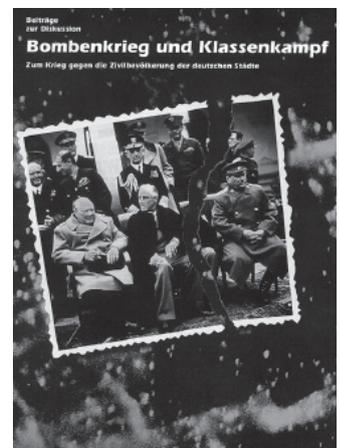
Reihe »Beiträge zur Diskussion«:
Zionismus, Faschismus, Kollektivschuld
April 1989, Auton. Nahostgruppe HH und Gruppe Arbeiterpolitik
28 Seiten A4 | 2,00 EUR



Reihe »Beiträge zur Diskussion«:
Weiße Flecken
Über die tatsächliche Geschichte der Sowjetunion
Dez. 1990, Gruppe Arbeiterpolitik
74 Seiten A4. | 4,00 EUR



Westblock – Ostblock
Internationale monatliche Übersichten von August Thalheimer 1945 – 1948
Vorwort Gruppe Arbeiterpolitik 1992 und Gruppe Arbeiterpolitik
460 Seiten A5 | Broschur | 7,50 EUR



Reihe »Beiträge zur Diskussion«:
Bombenkrieg und Klassenkampf
Zum Krieg gegen die Zivilbevölkerung der deutschen Städte
Nov. 2008, Gruppe Arbeiterpolitik
28 Seiten A4 zweifarbige | 2,00 EUR